



Christian Ahrendt

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Innenausschuss

Landesvorsitzender der FDP Mecklenburg-Vorpommern

Christian Ahrendt, MdB · Goethestraße 87 · 19053 Schwerin

VDP / Nord e.V.

Landesgeschäftsführer Christian Schneider

Wismarsche Str. 300

19055 Schwerin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 3.637

T (030) 227 – 71486

F (030) 227 – 76484

✉ christian.ahrendt@bundestag.de

Wahlkreis

Goethestraße 87
19053 Schwerin

T (0385) 59 37 074

F (0385) 59 37 075

✉ christian.ahrendt@wk.bundestag.de

Schwerin, 22. Juli 2009

— Sehr geehrter Herr Schneider,

vielen Dank für Ihren Brief vom 15. Juli 2009. Hiermit sende ich Ihnen im Namen der FDP-Bundestagskandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern die Wahlprüfsteine zur Veröffentlichung gerne zurück.

— Für uns steht fest, dass Schulen in freier Trägerschaft ein unabdingbarer Bestandteil des deutschen Schulwesens sind. Sie garantieren den Pluralismus, indem sie für notwendige Wahlfreiheit im Bildungssystem sorgen. Leider verhindern aber rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Pflicht zur Beitragsabführung an die Berufsgenossenschaft für die Unfallversicherung der Mitarbeiter, einen fairen Wettbewerb zwischen den öffentlichen und privaten Schulträgern. Diese führen damit zu einer finanziell erheblichen Belastung für die Betroffenen.

Schulen in privater Trägerschaft sind staatlichen Schulen gleichrangig und müssen unserer Sicht deshalb auch gleich behandelt werden. Die FDP-Bundestagsfraktion hat dazu ein Positionspapier „Mehr Freiheit für Schulen in Freier Trägerschaft“ am 28. Mai 2009 beschlossen, dem wir uns vorbehaltlos anschließen können. Ich füge es diesem Schreiben zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Ich bedanke mich für die Erfolgswünsche im Bundestagswahlkampf und stehe Ihnen auch zukünftig gerne als Ansprechpartner für Fragen, Anregungen und Kritik zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Ahrendt MdB

FDP-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern
Spitzenkandidat der FDP M-V zur Bundestagswahl

1
2

3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Vorlagennummer 2086
AK 6
12.05.2009 12:42:50

FDP-Bundestagsfraktion

Positionspapier

Mehr Freiheit für Schulen in Freier Trägerschaft

Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom xx.yy.zzzz

1 Bildung ist ein Wert an sich. Bildung ist aber auch eine Investition in die Zukunft, die
2 sich durch einen besonders hohen Nutzen auszeichnet. In den Schulen erhalten
3 junge Menschen das Rüstzeug für ihr Leben. Bildung ist der Grundpfeiler unserer
4 Gesellschaft. Die Pluralität und Vielfalt unserer Gemeinschaft muss im
5 Bildungssystem entsprechend wiedergespiegelt werden. Eltern und Schüler müssen
6 eine echte Wahlfreiheit haben!

7
8 Bildungseinrichtungen sollen auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und
9 Schüler eingehen. Gerade die Vielfalt an Schulen und deren Träger trägt dazu bei,
10 die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern und das Bildungssystem
11 insgesamt zu stärken.

12
13 Es hat sich gezeigt, dass Schulen in Freier Trägerschaft häufig Motor für neue,
14 innovative pädagogische Modelle sind. Aufgrund ihrer höheren Flexibilität können sie
15 Ideen und Konzepte rasch umsetzen. Das staatliche Schulwesen ist oftmals
16 Nutznießer, indem es diese Ansätze aufgreift und kopiert.

17 Als Beispiele für die Vorreiterrolle der Schulen in Freier Trägerschaft kann auf den
18 Aufbau von Ganztagsangeboten sowie die individuellen Förderung von Schülerinnen
19 und Schülern verwiesen werden. Bei der speziellen Förderung von Kindern mit
20 besonderen Förderbedarfen als auch der Hochbegabtenförderung sind Schulen in
21 Freier Trägerschaft führend. Auch die Deutschen Auslandsschulen gehören seit
22 Jahrzehnten zu den besten Schulen ihrer Gastländer und sind ein wesentlicher
23 Bestandteil in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

24
25 Schulen in Freier Trägerschaft sind in Deutschland, im Vergleich der EU-Staaten,
26 deutlich unterrepräsentiert. Besonders deutlich wird dies im Primarbereich (3,1% in
27 Deutschland zu 9,6% EU-19) und Sekundarbereich II (8,3% in Deutschland zu 18,3%
28 EU-19). Deswegen müssen die Rahmenbedingungen für Schulen in Freier
29 Trägerschaft verbessert werden.

30
31 Jedes Kind muss unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familie eine
32 nicht-staatliche Schule besuchen können. Schulen in Freier Trägerschaft sollen für
33 alle Kinder zugänglich sein: Es ist aus verfassungsrechtlichen Gründen
34 (Sonderungsverbot; Art. 7 Abs. 4 GG) geboten und aus pädagogischer Sicht
35 wünschenswert, dass die Schülerschaft das Gesamtbild der Gesellschaft
36 widerspiegelt. Allerdings zwingt die in der Gründungsphase häufig gänzlich fehlende,
37 im Übrigen fast überall zu niedrige staatliche Bezuschussung Freier Schulen die
38 Schulträger dazu, erhöhte Elternbeiträge zu erheben, was wiederum zu einer
39 Belastung gerade der einkommensschwächeren Familien führen kann.

40
41 Schulen aller Trägerschaften, auch die staatlichen, müssen über die gleichen
42 Freiräume sowie über vergleichbare wirtschaftliche Bedingungen verfügen. Nur so
43 sind die Voraussetzungen für Schulvielfalt und qualitätsfördernden, fairen
44 Wettbewerb erfüllt. Auf diese Weise kann jede Schule, unabhängig von ihrer
45 Trägerschaft, schulspezifische Profilangebote entwickeln, die Schülern oder Eltern
46 aus allen Bevölkerungsgruppen offenstehen. Das Beispiel der Niederlande zeigt
47 (Artikel 23 der niederländischen Verfassung), dass dieser Weg erfolgreich
48 beschritten werden kann.

49
50
51 Die FDP-Bundestagsfraktion stellt fest:

1
2 1. Schulen in freier Trägerschaft sind unabdingbarer Bestandteil des Schulwesens.
3 Sie garantieren den Pluralismus, indem sie für Wahlfreiheit im Bildungswesen
4 sorgen. Sie sind staatlichen Schulen gleichrangig.

5
6 2. Der Anteil an Schulen in Freier Trägerschaft liegt derzeit weit unter dem EU-
7 Niveau. Die Gründung von Schulen in Freier Trägerschaft wird durch übermäßige
8 bürokratische Nachweispflichten und Wartefristen bei der Gewährung von
9 Finanzhilfen erschwert.

10
11 3. Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Schulen in Freier
12 Trägerschaft verhindern einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulträgern und
13 führen zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Betroffenen.

14
15
16 Die FDP-Bundestagsfraktion fordert:

- 17
- 18 • Eine Steigerung der öffentlichen Investitionen in den Bildungsbereich ist
19 zwingend notwendig. An den Mittelsteigerungen müssen auch nicht-staatlich
20 getragene Bildungseinrichtungen gleichberechtigt teilhaben.
 - 21 • Die rechtlichen Hürden, durch welche die Schulen in Freier Trägerschaft
22 gegenüber staatlichen Schulen benachteiligt werden, müssen abgebaut
23 werden.
 - 24 • Artikel 7 Absatz 5 GG („Zulassung privater Volksschulen“) kann nur im
25 Kontext der Weimarer Republik verstanden werden. Er ist heute nicht mehr
26 zeitgemäß und muss daher aufgehoben werden.
 - 27 • Um jeder Schülerin und jedem Schüler den Besuch einer Schule in Freier
28 Trägerschaft zu ermöglichen, sind alle Schulen unabhängig von der
29 Trägerschaft hinsichtlich der Personal-, Unfallversicherungs-, Sach- und
30 Gebäudekosten gleich zu behandeln. Dadurch könnten Elternbeiträge gesenkt
31 oder abgeschafft werden.
 - 32 • Nur Transparenz kann eine faire Berechnungsgrundlage gewährleisten. Die
33 Länder stehen in der Pflicht, alle für den Schulbereich anfallenden Kosten
34 festzustellen, die einzelnen Kostenpositionen zu benennen und zu
35 veröffentlichen.
 - 36 • Es sind Systeme der Qualitätssicherung zu etablieren. Auch für sie gelten die
37 Grundsätze der inhaltlichen Gleichwertigkeit und finanziellen
38 Gleichbehandlung.
- 39